

den Ausführungen Pfürtners verwandt ist, so etwa in der Stellungnahme gegen „eine unterschiedslose und allgemeine Verurteilung jeglicher sexuellen Beziehung vor der Ehe“, und in der Forderung, wir müßten uns „von der ausschließlichen Gesetzmoral auf die Verantwortungsmoral hinbewegen“.

Noch schwerwiegender als dieser inhaltliche Zusammenhang dürfte aber sein, daß die Atmosphäre des Vertrauens und der Geist des gemeinsamen Su-

chens sehr in Mitleidenschaft gezogen würden, wenn abweichende Meinungen ohne wirkliches Gespräch verurteilt würden. Den Bischöfen standen sicher auch die Synoden vor Augen, als sie in ihrer letzten Erklärung zum Fall Pfürtners schrieben: „Die Bischofskonferenz gibt erneut ihrer Hoffnung Ausdruck, daß es möglich sein wird, durch offene Information und in sachlichem Dialog aus der schwierigen und verwirrten Lage einen Ausweg zu finden. Sie bittet alle, bei der Lösung dieser Frage mitzuhelfen.“

## Die schwierige Lage der Kirche in der ČSSR

In der Zeit vom 13. bis 16. November war eine tschechoslowakische Regierungsdelegation in Rom, um die lange unterbrochenen Verhandlungen mit dem Hl. Stuhl fortzusetzen. Zu einer Einigung ist es auch diesmal nicht gekommen; die Gespräche sollen fortgesetzt werden. Die beiderseitigen Positionen scheinen aber festgefahren zu sein. Der Prager Regierung geht es offenbar darum, ihre Forderungen vollumfänglich durchzusetzen.

### Erfolgreiche Verhandlungen im Vatikan

Die kirchliche Verhandlungsposition ist einerseits vorgegeben durch die außerhalb eines kommunistischen Machtbereiches undenkbar Tatsache, daß es in den 14 Diözesen der heutigen ČSSR neben dem Apostolischen Administrator, Bischof *František Tomášek*, in Prag nur einen einzigen Diözesanbischof gibt, Bischof *Stefan Trochta* in Leitmeritz; alle anderen Diözesen werden von Kapitelsvikaren verwaltet. Die Prager Regierung ging bisher bei allen Verhandlungen von der Forderung nicht ab, nur Männer aus den Reihen der Friedensbewegung „Pacem in terris“, also ihr genehme und ergebene Geistliche, als neue Bischöfe zu akzeptieren. Bei der internationalen Tagung der „Pax-Christi-Bewegung“

im Oktober 1972 in Straßburg wußte der Direktor der tschechischen katholischen Caritas in Prag, *Jan Mara*, zu berichten, die Regierung in Prag sei mit der Ernennung der Kapitelsvikare zu Diözesanbischöfen durch den Hl. Stuhl durchaus einverstanden; auch der eine oder andere Theologieprofessor würde vom Kirchensekretariat als Bischof akzeptiert. Mara hat dezidiert eine solche Lösung als einzigen möglichen Weg hingestellt. Indessen scheint sich jedoch in Rom und in Prag zu bestätigen, daß die Bereitschaft des Hl. Stuhles, die Verhandlungen mit Prag einem für beide Teile annehmbaren Erfolg zuzuführen, durch die Unnachgiebigkeit der Prager Unterhändler ihre Grenze erreicht hat. Diese kann kaum noch überschritten werden, weil selbst bei ganz wesentlichen Belangen kirchlichen Lebens Prag jede Konzession oder auch nur eine Lockerung bisheriger Einschränkungen strikt abgelehnt hat. Msgr. *Giovanni Cheli*, der Unterhändler des Vatikans, habe, so hieß es dort, keine Verhandlungsbasis mehr gesehen.

### Entlassung von Geistlichen

Die kirchliche Situation im Lande selbst hat sich versteift. Mit Druck versucht das Kirchensekretariat den Klerus ganz unter seinen Einfluß zu

bringen. Wiederholt wurde in letzter Zeit einzelnen Geistlichen die staatliche Genehmigung zur Ausübung seelsorgerlicher Tätigkeit entzogen. Die Absicht war klar, man wollte den Klerus insgesamt verunsichern und ihn so gefügiger machen. Die Gründe, die dafür in amtlichen *Entzugsbescheiden* angegeben wurden, beleuchten die Art und Weise, wie auch innerhalb des Klerus die „Konsolidierung der Verhältnisse“ betrieben wird. Für den Entzug der Genehmigung genügte bereits die Teilnahme an der Gründung des Werkes der „Nachkonziliaren Erneuerung“, das zur verbotenen Institution deklariert wurde, weil es gegen das sozialistische System eingestellt gewesen sei. Aber auch eine ablehnende Einstellung gegenüber der Friedensbewegung katholischer Geistlicher, die 1968 aufgehoben worden war, und selbst der Umstand, daß ein Geistlicher gegen eine Wiederbelebung der Friedensbewegung in der neuen Vereinigung katholischer Geistlicher „Pacem in terris“ war, reichte als Verbotsgrund. Schon die Forderung eines Priesters, die neue Vereinigung dürfe ohne staatlichen Einfluß nur nach kirchlichen Richtlinien tätig werden, genügte, um diesem die Seelsorgeerlaubnis zu entziehen. In seinem Verhalten sah das Kirchenamt eine „Schädigung der staatlichen Interessen der ČSSR“.

Die beiden Bischöfe und selbst die dem Staat noch genehmen Kapitelsvikare werden in ihrer amtlichen Tätigkeit weiterhin stark eingeschränkt. Selbst die beiden Kapitelsvikare von Königgrätz und Olmütz wurden im Prager Kirchensekretariat zur Rede gestellt, weil sie und die beiden Bischöfe auf einer Bischofskonferenz sich geeinigt hatten, wegen des andauernden Verbotes katholischer Ordensgemeinschaften bei der Regierung vorstellig zu werden. An den Bischofskonferenzen, zu deren Mitgliedern auch die Kapitelsvikare gehören, dürfen die in den fünfziger Jahren geheim geweihten Bischöfe *Hlad*, der als Rentner in einem Altersheim in Senohraby bei Prag lebt, und Bischof *Očenášek*, der Pfarradministrator bei Königgrätz ist und in der Seelsorge noch arbeiten

darf, nicht teilnehmen. Der Weihbischof von Prag, *Kajetan Matousek*, der immer noch als Pfarrverweser in Prag tätig ist, besitzt seit August 1968 als Weihbischof vom Kirchensekretariat die Genehmigung zur Ausübung seines Amtes. Aber auch ihm wurde vor wenigen Monaten die Teilnahme an den Bischofskonferenzen untersagt. Im Kirchensekretariat in Prag wurde kurz vermerkt: „Für uns ist er nur Pfarrer.“

## Die Rolle der neuen Friedenspriester

Eine ungute Rolle spielt die neue Vereinigung katholischer Priester „*Pacem in terris*“. Nachdem sich diese Organisation vor einem Jahr bei den Wahlen zum Prager Parlament sehr stark politisch eingesetzt hatte, wurde sie von zuständigen Stellen der Partei und staatlichen Verwaltung anerkannt. Aber selbst jene Männer, die anfangs mit einiger Hoffnung und echter Bereitschaft die Arbeit in dieser Organisation aufgenommen haben, fühlen sich heute mißbraucht und sind enttäuscht, sehen aber keinen Weg, ohne Gefährdung der eigenen Person die selbstgewählten Fesseln abzuschütteln. Und jene von ihnen, die in der guten Absicht eingetreten waren, die neue Standesorganisation davor zu bewahren, wie die frühere Friedensbewegung in eine antihierarchische und unkirchliche Richtung abzugleiten, müssen nun erkennen, daß ihr Bemühen vergeblich bleibt. Die sehr kleine Anzahl regimehöriger Priester in der neuen Priesterorganisation beherrscht ihre Aktivitäten und wird von den Kirchensekretären und von den Parteifunktionären unterstützt. Freundschaftstreffen, freundschaftliche Gespräche mit den Parteifunktionären, wortreiche Stellungnahmen für politische Ziele, etwa zur geplanten Abrüstungskonferenz, Erinnerungen an eine frühere Moskareise einer Gruppe von Friedenspriestern füllen in langen Beiträgen die Prager „Katholische Zeitung“. Aber von rein kirchlichen Ereignissen, die nicht das Wohlgefallen des Kirchensekretariates gefunden

haben, ist in diesem katholischen Blatt nichts zu lesen. Beispielsweise wurde der gerade von der jungen und mittleren Generation sehr gut besuchte Abendgottesdienst, den Bischof *Tomašek* am Wenzelstag in der Prager St.-Veits-Kathedrale gehalten hat, und dessen Ruf zur Umkehr zum Glauben mit keinem Wort erwähnt. Der Schriftleiter der Monatszeitschrift für den Klerus, „Der Geistliche Hirt“, wurde vor Monaten ohne viel Aufhebens abgesetzt; die Zeitschrift entbehrt wiederum fast jeden theologischen Gedankens. Und wie vor 1968 dient der geistliche „Zentraldirektor“ der tschechischen katholischen Caritas als ein Feigenblatt; ein Parteifunktionär als Stellvertreter ist der eigentliche Herr im Hause.

Starken ideologischen Druck üben Parteifunktionäre und übereifrige Schul-

direktoren auf die *Lehrer* aus. Dieser setzte zum Schulbeginn im Herbst 1971 ein und wurde im September 1972 noch verstärkt. Für die ganz wenigen gläubigen Lehrer, die aufgrund ihrer Fähigkeiten noch in der Schule tätig sind, ist die Lage so schlimm geworden, daß viele von ihnen in der Schule keine Zukunft mehr sehen. Die Partei hat erlebt, wie kläglich in den Jahren vor 1968 der Versuch gescheitert ist, den größeren Teil der jungen Generation ideologisch auf die Parteilinie auszurichten. Jetzt wird es aufs neue angestrebt. In anderen Bereichen des öffentlichen Lebens, insbesondere in der Produktion, können sich gutqualifizierte Mitarbeiter, deren positive Einstellung zu Glauben und Kirche bekannt ist, noch halten. Die Schulen jedoch sind bis hin zu den Universitäten derzeit das wichtigste Angriffsziel.

## Spanien: Warten auf das Dokument der Bischofskonferenz

Seit einem Jahr richtet sich das Interesse der Öffentlichkeit auf den Reformkurs in der spanischen Kirche. Seit der Klerusversammlung im Herbst 1971 ist schon viel über die mögliche Trennung der traditionsreichen „Ehe von Thron und Altar“ in Spanien diskutiert worden, aber die offizielle Stellungnahme der Spanischen Bischofskonferenz zum Verhältnis von Kirche und Staat, die auf den Beschlüssen der sog. *Asamblea conjunta* (vgl. HK, Dezember 1971, 562) aufbauen und letztlich deren Bestätigung bringen sollte, steht noch immer aus. Was die seit Jahren stagnierenden Verhandlungen um ein neues Konkordat zwischen Vatikan und Franco betrifft, die in den letzten Monaten von neuem zum Gegenstand einer lebhaften öffentlichen Diskussion geworden waren, so scheint die Lage zum gegenwärtigen Zeitpunkt nahezu aussichtslos.

Ein äußeres Zeichen hierfür war die Abberufung des spanischen Botschafters beim Heiligen Stuhl, *Antonio Garrigues*, der nach neunjähriger ergebnisloser Verhandlungstätigkeit durch *Juan*

*Pablo de Lojendio* abgelöst wurde. In einem Interview mit der konservativen Tageszeitung „ABC“ (15. 11. 72) bezeichnete Garrigues die *Spannungen zwischen Kirche und Staat* innerhalb Spaniens als eigentlichen Grund für die Unmöglichkeit einer *Revision des Konkordats* von 1953, zu deren Verwirklichung zu einem früheren Zeitpunkt bereits konkrete Schritte erfolgt seien. Zwar gäbe es die Möglichkeit, Teilabkommen zu schließen und sich anderer juristischer Mittel zu bedienen als der eines Konkordats, jedoch, wie er wörtlich betonte, „immer unter der Bedingung und Voraussetzung, daß sie aus einem Geist der Harmonie und der Zusammenarbeit zwischen den beiden Verhandlungspartnern entspringen“. Es gebe „keine noch so geschickte juristische Formel, die diesen Geist schaffen oder gar ersetzen kann“. Denn der Buchstabe könne „nicht einen fehlenden Inhalt wiedergeben, und so wäre jede neue Formel nichts weiter als eine Reihe toter Buchstaben, die die Spannungen, da sie sie nicht lösen, sondern nur aufrechterhalten könnte, nur noch